

## 5. Eine geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen!

### 5.2 Wie wollen Sie sich für einen LSBTI-Gesundheitsbericht einsetzen und verstärkt Forschung über das Gesundheitsverhalten und die Gesundheitsversorgung von LSBTI ermöglichen?

#### Union



„CDU und CSU setzen sich für eine gute medizinische Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger ein. Um das sicher zu stellen, werden wir den Abschlussbericht der 2014 eingesetzten Interministeriellen Arbeitsgruppe „Trans/Intersexualität“ der Bundesregierung abwarten und anschließend prüfen, ob und ggf. welche Maßnahmen einzuleiten sind.“

#### SPD



„Es ist wichtig und dringend, zielgruppenspezifisch mehr über das Gesundheitsverhalten und die gesundheitliche Versorgungssituation von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen in Deutschland zu wissen. Auf der Grundlage eines gruppenspezifischen Gesundheitsberichts können Forschungsbedarfe und konkrete Handlungserfordernisse für die verschiedenen Akteure in der Gesundheitsförderung, der gesundheitlichen Versorgung sowie in Politik und Gesellschaft abgeleitet werden. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass in der kommenden Legislaturperiode die erforderlichen finanziellen Mittel für einen gruppenspezifischen Gesundheitsbericht für LSBTI bereitgestellt werden.“

#### Linke



„DIE LINKE befürwortet eine verstärkte Forschung über das Gesundheitsverhalten und die Gesundheitsversorgung von LSBTI. Allerdings setzt das eine entsprechende Datenerhebung voraus. Eine flächendeckende Erhebung der sexuellen Identität lehnen wir natürlich ab. Die in den meisten epidemiologischen Untersuchungen übliche Verwendung von medizinischen Abrechnungsdaten fällt allerdings damit aus. Eine gesonderte Datenerhebung wäre vermutlich notwendig und würde die Untersuchungen erheblich aufwändiger gestalten. Die wünschenswerte Ausweitung der Forschung zu Gesundheit und Versorgung von LSBTI muss abgewogen werden gegen eine möglicherweise für sich schon diskriminierend wirkende Datenerhebung. DIE LINKE befürwortet dazu eine sehr offene Diskussion, denn solche Forschungsvorhaben leben von der Akzeptanz und der Mitwirkung.“

#### Grüne



„Um spezifische Präventions- und Versorgungsbedarfe zu identifizieren, setzen wir uns für eine geschlechtssensible Gesundheitsberichterstattung ein. Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität müssen bei dieser Gesundheitsberichterstattung mit in den Blick genommen werden. Wir fordern daher einen regelmäßigen Gender-Gesundheitsbericht. Er muss auch die Situation von LBSTI beleuchten. Dazu gehört, welche Zugangshürden (in der medizinischen Versorgung) für sie bestehen. Insbesondere mit Blick auf die Prävention sind soziale Einflussfaktoren von Gesundheit zu untersuchen. Auf dieser Basis

„Blockaden brechen – Respekt wählen! Gemeinsam für Freiheit und gleiche Rechte“  
Wahlprüfsteine des LSVD zur Bundestagswahl 2017

können, falls notwendig, zielgruppenorientierte Präventionsangebote entwickelt und die Versorgungsqualität für alle verbessert werden.“

### FDP



„Wir Freie Demokraten wollen generell Prävention nach wissenschaftlicher Evaluation stärken. Weitere Forschung über das Gesundheitsverhalten und die Gesundheitsversorgung von LSBTI begrüßen wir. Wir sind uns bewusst, dass gerade bei LSBTI die psychischen Belastungen durch Diskriminierung und Vorurteile groß sind. Sie führen häufig zu psychischen und auch physischen Erkrankungen bei den Betroffenen. Hier muss verstärkt Aufklärungsarbeit geleistet und präventive Versorgung sichergestellt werden.“

### AfD



„Wir möchten, wie eingangs postuliert, das Grundgesetz wieder vollumfänglich zur Geltung bringen. Für alle Menschen.

Die Debatte über mögliche bzw. notwendige rechtliche, verwalterische oder medizinische Schritte ist von der Ideologie des Gender Mainstreaming loszulösen.

Die Alternative für Deutschland sieht sich auch in einer politisch liberal-freiheitlichen Tradition verhaftet. Daher sind wir für den Grundsatz „so viel Freiheit wie möglich, so wenig Beschränkungen wie nötig“. Wir stehen dafür ein, dass jeder Mensch in unserem Land so freiheitlich wie nur irgend möglich leben kann. Dazu gehört selbstverständlich auch die freie Ausübung der eigenen Sexualität.

Die AfD steht für einen schlanken Staat für freie Bürger. Wir glauben nicht an die Wirksamkeit staatlicher vereinheitlichender Regelungswut in Bezug auf die Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung des Individuums. Ein jeder möge Leben, wie er es für richtig hält, so lange es im Rahmen der gültigen Gesetze stattfindet und die Rechte anderer Personen nicht eingeschränkt werden und zwar in Frieden, in Freiheit und in Sicherheit.“

### Legende

